

Fricopan-Streit könnte vor Gericht landen

Magdeburg (dpa) • Der Streit zwischen dem Backwaren-Hersteller Fricopan und seinem früheren Betriebsrat Andreas Höppner könnte nun vor Gericht landen. Er werde der Aufforderung des Unternehmens, eine Unterlassungserklärung abzugeben, nicht nachkommen, sagte Höppner am Dienstag auf Anfrage.

Das Unternehmen hatte Höppner vergangene Woche in einem Anwaltsschreiben aufgefordert, nicht mehr zu behaupten, die Schweizer Konzernmutter Aryzta habe einen Fördermittelsmissbrauch oder -betrug begangen. Der Konzern müsse ihn da gegebenenfalls verklagen, sagte Höppner. Er ist seit der Landtagswahl nicht mehr Betriebsrat, sondern sitzt für die Linkspartei im Parlament. Allerdings berät er den aktuellen Betriebsrat weiterhin.

Unterdessen gab es keine Klarheit über einen möglichen Investor für das Werk mit 500 Mitarbeitern, das bis Ende August geschlossen werden soll. Fricopan stellt im Werk Immekath in der Gemeinde Klötze Tiefkühl-Backwaren her. Seit 2013 gehört dem Aryzta-Konzern auch ein Backwaren-Werk in Eisleben mit 1800 Beschäftigten. Dort war zuletzt auch mit Hilfe von Fördermitteln investiert worden.

Meldungen

Motiv nach Totschlag in Psychiatrie unklar

Uchtspringe (dpa) • Nach dem tödlichen Streit in der Psychiatrie in Uchtspringe hat die Staatsanwaltschaft Stendal ein Ermittlungsverfahren wegen Totschlags eingeleitet. Das Motiv sei allerdings noch völlig unklar, so ein Sprecher. Ein 49-Jähriger soll am Sonnabend einen 38-Jährigen mit einem medizinischen Schlauch erwürgt haben. Die Tat ereignete sich in der geschlossenen Abteilung. Ein Richter erließ einen Unterbringungsbeehl. Der Verdächtige wird also in der Psychiatrie bleiben.

Motorradfahrer bei Unfall im Harz getötet

Hasselfelde (dl) • Ein 35-jähriger Motorradfahrer ist am Dienstagabend gegen 18.30 Uhr bei einem Unfall auf der B 81 bei Hasselfelde getötet worden. Der Kradfahrer aus dem Landkreis Northem war aus bislang ungeklärter Ursache auf die Gegenfahrbahn geraten und frontal mit einem Sattelzug kollidiert. Er verstarb noch an Unfallstelle, so die Polizei auf Anfrage.

Polizistin ist jetzt einzige Revierleiterin

Burg (da) • Nadine Raabe-Goldermann hat zum Monatsbeginn die Leitung des Polizeireviers im Jerichower Land übernommen. Zuvor war die 38-jährige Kriminalrätin Dienststellenleiterin des Zentralen Einsatzdienstes in der Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord. 1998 hat sie ihre Karriere begonnen und 2012 ihr Studium an der Deutschen Hochschule der Polizei abgeschlossen. Sie beerbt Christian Fender, der in den Führungsstab der Polizei wechselte. Die gebürtige Staßfurterin ist die einzige Frau in der Polizeidirektion Nord, die ein Revier leitet.



Nadine Raabe-Goldermann

Poggenburg macht Rolle rückwärts

AfD-Fraktionschef will „vielleicht“ auch Landesvorsitzender bleiben

Vor zwei Monaten kündigte André Poggenburg seinen Rückzug als Parteivorsitzender an. Jetzt hat er es sich anders überlegt – doch in der Partei gibt es Versuche, ihn auszubremsen.

Von Hagen Eichler
Magdeburg • Nach dem triumphalen Einzug der AfD in den Landtag hatte Parteichef Poggenburg auch die Führung der Landtagsfraktion übernommen. Kritik an der Doppelfunktion suchte er zu zerstreuen. Das Spitzenamt in der Partei werde er im Mai abgeben, kündigte er vor zwei Monaten an – beide Aufgaben zugleich seien für eine Person ohnehin zu viel.

Am Sonnabend wird die Landespartei in Eisleben ihren neuen Vorsitzenden wählen – und der wird wohl André Poggenburg heißen. Der 41-Jährige steht jedenfalls für eine erneute Kandidatur bereit. „Wenn sich kein geeigneter anderer Kandidat findet, würde ich mir das überlegen“, bestätigt Poggenburg der Volksstimme.

Eine Bedingung stellt er: Künftig müsse der Parteivor-



Der alte und vielleicht der neue Parteivorsitzende: André Poggenburg. Foto: dpa

sitzende zur Entlastung zwei Vizes bekommen. Derzeit fungiert Matthias Lieschke als „organisatorischer Stellvertreter“ des Parteivorsitzenden – ein Amt, das es laut Satzung gar nicht gibt.

Seit Freitag wissen die AfD-Kreisvorsitzenden offiziell von Poggenburgs Sinneswandel. Die Wiederwahl des Amtsinhabers gilt nun als wahrscheinlichstes Szenario. Denn trotz zweimonatiger Fahndung nach einem Nachfolger für Poggenburg hat kein Interessent seinen Hut in den Ring geworfen. Die Partei-Schwergewichte sind bereits mit Funktionen in der Fraktion versorgt und winken ab.

Kreische fordert Abgang

Ein Selbstgänger ist die Wiederwahl indes nicht. Einige Mitglieder halten ihren Vorsitzenden für unzuverlässig und überlastet. Der Kreisverband Mansfeld-Südharz will per Satzungsänderung erreichen, dass Partei- und Fraktionsvorsitz getrennt werden. „Das sind zwei komplexe Aufgaben. Wenn das eine Person gleichzeitig macht, fällt etwas hinten runter“, warnt Kreisvorsitzende Jens Diederichs. Sollte die Parteibasis die Trennung der Ämter beschließen, wäre Poggenburg eine erneute Kandidatur verwehrt.

Diederichs, gelernter Justizvollzugsbeamter und jetzt Landtagsabgeordneter, fordert Poggenburgs Rückzug vom Parteiamt. „Ich erwarte, dass er zu seinem Wort steht. Irgendwo muss Verlässlichkeit sein.“

Über insgesamt neun Vorstandsposten wird der Landsparteitag im „Mansfelder Hof“ von Eisleben abstimmen. Dabei dürfte es auch um Regionalproporz gehen: Aktive aus Sachsen-Anhalts Norden monieren, dass die derzeitige Parteiführung ausschließlich aus dem Süden kommt. Dort hat die Partei ihren Schwerpunkt, dort holte sie mit einer Ausnahme ihre Direktmandate.

Und noch ein Problem: Die Parteibasis ist im Vorstand durch nur noch eine Person vertreten. Alle anderen verdienen ihr Geld seit der Wahl in Magdeburg: als Abgeordnete im Landtag.



Paul fängt mit Papa den Super-Aal

Ein rekordverdächtigen Fang machte der zehnjährige Paul Richter (Kindergruppe Angelverein Walzwerk Burg) gemeinsam mit Papa Frank im Rogätzer Sandkrugsee. In der Nacht zum Pfingstsonntag zog der Junge einen 1,08 Meter langen und 2,64 kg schweren Aal an Land. Die Angel mit Tau-

wurm wurde zehn Stunden ausgelegt. Ein normaler Aal ist 60 bis 70 cm lang und wiegt um 500 Gramm. Familie Richter aus Barleben campiert seit zehn Jahren zu Pfingsten am Sandkrugsee. Vater Frank angelt zwar seit 40 Jahren, aber „einen Aal habe ich dort noch nie gefangen“. Foto: Frank Richter

Ausweg im Kanalstreit in Sicht

Landtag trifft sich zu Sondersitzung

Von Michael Bock

Magdeburg • Der Landtag trifft sich am 31. Mai zu einer Sondersitzung. Thema: das Kommunale Abgabengesetz. CDU, SPD und Grüne wollen im Abwasserstreit um nachträglich in Rechnung gestellte DDR-Anschlüsse den Grundstückseigentümern entgegenkommen. Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) sagte, das Geldeintreiben durch Abwasserzweckverbände könne vorerst ausgesetzt werden. Dafür will der Landtag Anfang Juni die gesetzliche Grundlage beschließen. Wenn jemand Widerspruch eingelegt habe, könnten Abwasserzweckverbände künftig bis zur Klärung von Rechtsstreitigkeiten auf die sofortige Vollziehung verzichten, sagte Stahlknecht.

Hintergrund: Die frühere CDU/SPD-Koalition hatte für Abwasser-Rechnungen eine zehnjährige Verjährungsfrist ab 2016 beschlossen. Auf Druck der Gemeinden wurde den Verbänden aber 2015 ein Jahr eingeräumt, doch noch alte Rechnungen für länger zurückliegende Kanalbauten zu verschicken. Davon sind mehr als 80 000 Haushalte betroffen. Oftmals sind Beträge zwischen 2000 und 10 000 Euro fällig. Tausende Grundstückseigentümer haben Widerspruch eingelegt.

Die Gesetzesänderung sieht zudem vor, dass Grundstückseigentümer und Abwasserzweckverbände im Zweifelsfall auch Vergleichslösungen finden können. Und: Verhindert werden soll, dass hohe Zinsen anfallen, wenn Betroffene in Widerspruch gehen. Bislang beträgt der Zinssatz sechs Prozent jährlich. Geplant ist laut Stahlknecht, dass der Satz künftig zwei Prozent über dem Leitziens der Europäischen Zentralbank liegen soll. Derzeit würde sich der Zinssatz somit um gut zwei Drittel verringern.

Nach der Sommerpause ist geplant, die Beitragserhebungspflicht der Verbände zu lockern. Bislang sind die Kommunen gesetzlich gezwungen, Beiträge zu erheben. In Zukunft sollen die Gemeinden frei entscheiden können, ob sie Anschlüsse (alte und neue) in Rechnung stellen.

Hilfspolizisten sollen Tempo überwachen

Magdeburg (dpa) • Die im April eingestellten 20 Hilfspolizisten sollen nach Auskunft des Innenministeriums zunächst zur Überwachung der Tempolimits auf den Straßen eingesetzt werden. Sie sollen die Messgeräte bedienen, ohne aber die Autofahrer anzuhalten, heißt es in einer am Dienstag veröffentlichten Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion. Für diese Aufgabe sei es nicht notwendig, dass voll ausgebildete Polizisten den Hilfspolizeibeamten jeweils zur Seite gestellt werden.

Derzeit werden die 20 Hilfspolizisten qualifiziert, zudem wird laut Ministerium der rechtliche Rahmen für eine Wachpolizei geschaffen. Damit soll die Zahl der Polizisten im Land wie im Koalitionsvertrag vereinbart vorübergehend erhöht werden, weil die reguläre Polizei nicht so schnell aufgestockt werden kann. Die Linke kritisierte den Einsatz von Hilfspolizisten, weil es an den rechtlichen Grundlagen fehle. Zudem würden wichtige Vorhaben weiterhin am Landtag vorbei geplant und umgesetzt.

Grüne ziehen bei Maghreb-Regelung nicht mit

Sachsen-Anhalt wird Einstufung afrikanischer Staaten als sichere Herkunftsländer im Bundesrat wohl nicht mittragen

Von Christopher Kissmann
Magdeburg • Der Koalitionsausschuss von CDU, SPD und Grünen hat am Dienstag keine Einigung in der Frage erzielt, wie sich die Landesregierung bei der Bundesrats-Abstimmung zur Verschärfung des Asylrechts positionieren wird. Das Gesetz zielt darauf ab, die Asylverfahren zu beschleunigen und Schutzsuchende aus den Maghreb-Staaten schneller zurückzuschicken zu können.

Die Grünen wollen die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer jedoch nicht mittragen. Sebastian Striegel (Grüne) sagte der Volksstimme: „Das lehnen wir ab.“ In den Maghreb-Staaten gebe es immer wieder „eklatante Menschenrechtsverletzungen“. Außerdem habe seine Partei grund-



Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) spricht am Freitag vor der Maghreb-Abstimmung im Bundestag in Berlin. Foto: dpa

sätzliche Zweifel am Konzept der sicheren Herkunftsländer, so Striegel.

Enthaltung im Bundesrat wahrscheinlich

CDU und SPD im Land befürworten die Neuregelung, die

sind als vielleicht die Lebensbedingungen im Herkunftsland.“

Nun liegt der Ball jedoch beim Bundesrat. Da sich CDU, SPD und Grüne bisher nicht einig sind, ist es wahrscheinlich, dass sich Sachsen-Anhalt bei der Abstimmung im Juni enthalten wird.

Gesetz könnte blockiert werden

Da auch in anderen grün mitregierten Bundesländern der Widerstand wächst, könnte das Vorhaben der Bundesregierung durch Nein-Stimmen und Enthaltungen im Bundesrat verzögert oder sogar blockiert werden. Die Grünen sind mittlerweile in 10 der 16 Landesregierungen vertreten. SPD-Landeschef Burkhard

Lischka versteht die Position der Grünen nicht. „Wir würden per Gesetz nur das nachzeichnen, was es in der Realität schon gibt“, sagte Lischka der Volksstimme. Im Schnitt würden bereits heute 99,3 Prozent der Asylanträge aus diesen Ländern abgelehnt, sagte der SPD-Politiker. „Und auch in Zukunft können die Menschen aus diesen Ländern einen Asylantrag stellen.“

CDU-Landeschef Thomas Webel sagte, er hoffe, dass man mit den Grünen noch zu einer Einigung komme. Drei Tage vor der Bundesratsabstimmung wird der Koalitionsausschuss erneut in Magdeburg zusammenkommen. Webel sagte: „Wenn wir uns dann nicht verständigen können, werden wir uns bei der Abstimmung enthalten.“